

Beschluss:

**Taten statt Blockaden!
Irakische Flüchtlinge jetzt zügig aufnehmen**

Die Lage der irakischen Flüchtlinge spitzt sich weiter zu. Die Sicherheitslage in vielen Teilen Iraks ist weiterhin prekär. In der ersten Oktoberhälfte 2008 mussten mehrere Tausend irakische Christen aus der Stadt Mossul aus Furcht vor sunnitischen Extremisten fliehen. In dieser Zeit wurden in Mossul nach Behördenangaben 12 irakische Christen von Unbekannten getötet.

Nach Angaben von amnesty international sind derzeit 4,7 Millionen Irakerinnen und Iraker auf der Flucht. Über zwei Millionen von ihnen leben in den Nachbarländern des Irak, vor allem in Syrien und Jordanien, alle anderen sind so genannte "Binnenflüchtlinge" innerhalb des Irak. Im Nahen Osten herrscht heute die größte Flüchtlingskrise seit 60 Jahren.

In Syrien und Jordanien verschlechtern sich die Lebensbedingungen der Flüchtlinge zusehends. Die Lebensmittel werden knapp, die Arbeitslosigkeit steigt, Medikamente werden unerschwinglich teuer, viele Flüchtlingskinder gehen nicht zur Schule, Prostitution -auch von Minderjährigen- nimmt in einem erschreckenden Maß zu. Gleichzeitig schlägt die Stimmung der Einheimischen gegen die irakischen Flüchtlinge um. Syrien und Jordanien haben in Reaktion darauf die Einreise- und Aufenthaltsbedingungen verschärft. Aus Furcht vor Verfolgung sind viele irakische Flüchtlinge in Syrien, deren Aufenthaltstitel abliefen, nicht zurück in den Irak gegangen, sondern sie leben jetzt in der Illegalität.

Wie reagierten die EU und Deutschland in den zurückliegenden Monaten? Die Innenministerinnen und Innenminister der EU-Staaten und der Bundesländer debattierten, blockierten und verhandelten. Besonders unrühmlich war hierbei die Rolle der Bundesregierung. Bundeskanzlerin Merkel und Innenminister Schäuble sind maßgeblich dafür verantwortlich, dass die Frage der Aufnahme irakischer Flüchtlinge in Europa mehrfach auf die lange Bank geschoben und dann im Juli sowie im September 2008 verschoben und hinausgezögert wurden.

Anfang November soll nun eine Expertengruppe von EU und UNHCR in die Region reisen, um die Lage zu analysieren. Mit dieser Entscheidung des EU-Ministerrates für Inneres und Justiz wurde die Flüchtlingsaufnahme unnötig verzögert. Alle Fakten liegen auf dem Tisch, das Hohe UN-Flüchtlingskommissariat (UNHCR) hat bereits in den letzten Jahren die Neuansiedlung ("Resettlement") besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge in sicheren Aufnahmeländern durchgeführt. Aktuell schätzt das UNHCR, dass 60.000 der rund zwei Millionen in Syrien und Jordanien lebenden irakischen Flüchtlinge für ein Resettlement in Kanada, den USA, Australien und Europa in Frage kommen.

Im Anschluss daran, im Rahmen der Innenministerkonferenz des Bundes und der Länder vom 19. bis 21. November 2008 will Bundesinnenminister Schäuble mit seinen Länderkollegen das weitere Vorgehen und mögliche Kontingente für die Aufnahme in Deutschland beraten. Beim

EU-Ministerrat Inneres und Justiz am 27. und 28. November 2008 kann dann vielleicht die längst überfällige Aufnahme irakischer Flüchtlinge im Rahmen von Resettlement-Programmen beschlossen werden.

Bis zuletzt hielt Innenminister Schäuble an der Forderung fest, in Deutschland bevorzugt christliche Irakerinnen und Iraker aufnehmen zu wollen. Im Gegensatz dazu fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Schutzbedürftigkeit und nicht die Religion von Flüchtlingen in den Vordergrund der Entscheidung zu stellen, ob sie in Europa bzw. Deutschland aufgenommen werden sollen. Als besonders schutz- und hilfsbedürftig gelten Opfer von schwerwiegender Gewalt und Folter, Flüchtlinge mit erheblichen medizinischen Problemen, unbegleitete Minderjährige, alte Menschen sowie zwangsweise geschiedene Frauen. Religion darf aus unserer Sicht nicht das einzige Kriterium sein, auch wenn alle religiösen Minderheiten im Irak besonders intensiver Verfolgung ausgesetzt sind.

Deutschland und die Europäische Union haben viel zu lange blockiert und verzögert, anstatt den besonders schutzbedürftigen irakischen Flüchtlingen, die nicht mehr in ihre Heimat zurückkehren können, eine sichere Zuflucht zu bieten. Der Menschenrechtsausschuss des Bundestages hat Bund und Länder in einer am 15. Oktober 2008 verabschiedeten Resolution zu einer "Entscheidung über die sofortige Aufnahme irakischer Flüchtlinge" aufgefordert.

Neben den Kirchen, Hilfs- und Menschenrechtsorganisationen engagieren sich mittlerweile auch Bürgerinnen und Bürger aktiv für die Beteiligung Deutschlands an dem Neuansiedlungsprogramm des UNHCR. Mit der Kampagne "save me", die Anfang des Jahres in München startete, werben mittlerweile an vielen Orten Menschen für ein klares "Ja" zur schnellen Aufnahme schutzbedürftiger Flüchtlinge und erklären sich zur Übernahme von Patenschaften bereit. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen das Anliegen von "save me", dass sich dieses Projekt bundesweit verbreitet und es so gelingt, dass Kanzlerin Merkel und Innenminister Schäuble ihre Hinhaltetaktik endlich aufgeben.

Angesichts der anstehenden Beratungen und Entscheidungen der Innenministerkonferenz des Bundes und Länder sowie des EU-Ministerrates Inneres und Justiz fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

1. Die Bundesregierung muss auf europäischer und nationaler Ebene endlich alles dafür tun, dass mit der Aufnahme irakischer Flüchtlinge in Deutschland so schnell wie möglich begonnen werden kann.
2. Die Landesinnenminister müssen ausreichend große Aufnahmekontingente zur Verfügung stellen und dürfen nicht zur weiteren Verzögerung beitragen.
3. Als Hauptkriterium für die Aufnahme von Flüchtlingen im Rahmen von Resettlement-Programmen muss die Schutzbedürftigkeit und nicht die Religionszugehörigkeit im Vordergrund stehen.
4. Deutschland muss endlich dem Resettlement-Programm von UNHCR beitreten.
5. Insbesondere Syrien und Jordanien sowie die UNHCR-Mission vor Ort müssen deutlich mehr als bisher dabei unterstützt werden, die Flüchtlingskrise zu bewältigen. Das Rückführungsabkommen mit Syrien muß außer Kraft gesetzt werden. Eine weitere Destabilisierung der Region darf es nicht geben.
6. Alle Widerrufsverfahren gegenüber irakischen Flüchtlingen müssen umgehend gestoppt werden.